

Er erscheint
wöchentlich einmal
in
Zürich (Schweiz)
Verlag
H. Dreyer, Industrieallee
Kleefeld-Zürich
Vorkaufungen
franco gegen franco.
Schweizerische Briefe
nach der Schweiz fallen
Zusatzporto.

Der Sozialdemokrat

Internationales Organ
der Sozialdemokratie deutscher Zunge

Abonnements
werden nur beim Verlag und
bei den bekannten Agenten ent-
gegengenommen und zwar zum
voraus zahlbaren
Vierteljahrspreis von:
Fr. 2. — für die Schweiz (Kreuzband)
Fr. 3. — für Deutschland (Kreuzband)
Fr. 1. 70 für Österreich (Kreuzband)
Fr. 2. 50 für alle übrigen Länder des
Weltpostvereins (Kreuzband).
Inserte
Die dreizehnten Beilagen
25 Bl. — 20 Hg.

N^o 27.

Sonntag, 4. Juli.

1880.

Wiss an die Korrespondenten und Abonnenten des „Sozialdemokrat“.

Da der „Sozialdemokrat“ sowohl in Deutschland als auch in Österreich verboten ist, bezug erfolgt nicht und die dortigen Behörden sich alle Mühe geben, unsere Verbindungen nach jenen Ländern möglichst zu erschweren, resp. Briefe von dort an uns und unsere Zeitungs- und sonstigen Sendungen nach dort abzufangen, so ist die äußerste Vorsicht im Postverkehr notwendig und darf keine Rücksichtnahme veräußert werden, die Briefmarken über den wahren Absender und Empfänger, sowie den Inhalt der Sendungen zu täuschen, und letztere dadurch zu fälschen. Haupterforderlich ist hierzu einzeln, daß unsere Freunde so selten

als möglich an den „Sozialdemokrat“, resp. dessen Verlag selbst abzugeben, sondern sich möglichst an irgend eine unerbittliche Adresse außerhalb Deutschlands und Österreichs wenden, welche sich dann mit uns in Verbindung setzt; andererseits aber, daß auch und möglichst unverfänglicher Postvermittlungsmitteln mitgeteilt werden. In zweifelhaften Fällen empfiehlt sich demnach größter Sicherheit Rekommandierung. Sobald an uns liegt, werden wir gemäß unser Mühe noch Können streuen, um trotz aller entgegenstehenden Schwierigkeiten den „Sozialdemokrat“ unseren Abonnenten möglichst regelmäßig zu liefern.

Abonnements - Einladung.

Wir empfehlen hierdurch unser außerhalb des Reichs der deutschen Polizei und ihrer gleichgesinnten Kolleginnen erscheinendes Parteiorgan „Der Sozialdemokrat“, Internationales Organ der Sozialdemokratie deutscher Zunge.

Unserer Partei und ihren Forderungen die notwendige Vertretung in der Presse zu geben, welche ihr ein über die Mägen infames Ausnahmewort „Gefetz“ in Deutschland unmöglich macht; die Parteigenossen allerorts zu sammeln und in ununterbrochene Verbindung untereinander und mit der sozialistischen Bewegung aller Länder zu setzen; sie von den Schandthaten unserer Gegner zu unterrichten und auf deren Anschläge rechtzeitig aufmerksam zu machen; sie prinzipiell zu festigen und aufzuklären und über die politische Lage und die von der Partei derselben und den einzelnen Vorkommnissen gegenüber einzunehmenden Stellung auf dem Laufenden zu erhalten; mit Einem Wort, die den Marsch der Partei in der Finsterniß der heutigen maßlosen Unterdrückung zur nahen Morgenröthe der Erlösung des arbeitenden Volkes aus den Fesseln politischer und ökonomischer Knechtschaft, des Zusammenbruchs der heutigen scheußlichen Staats- und Gesellschafts-„Ordnung“ und der beglückenden Herrschaft des Sozialismus anzeigende Heersahne zu sein; das ist die wichtige Aufgabe unseres Parteiorgans!

Es ist deshalb im Interesse und der Pflicht jedes Parteigenossen, auf's eifrigste für die Verbreitung des „Sozialdemokrat“ zu wirken. Das bloße Abonnement ohne Weiterverbreitung ist gewislich erlaubt und straflos.

Der vorauszahlbare Abonnementpreis des „Sozialdemokrat“ beträgt vierteljährlich: für Deutschland und Österreich 3 Mark (1 fl. 70 kr.), wofür das Blatt allwöchentlich unter verschlossenem Kuvert verandt wird; für die Schweiz 2 Franken, für alle anderen Länder des Weltpostvereins 2 Franken 50 Rappen (unter Kreuzband). Dieser Preis kann indessen, namentlich auch in Deutschland, um ein Ansehnliches ermäßigt werden, wenn sich die Genossen eines Ortes zum Bezug im Großen vereinigen. Wenn unverdächtige Empfangsadressen gewählt werden und damit stets gewechselt wird, wenn ferner die geheime Vertheilung auf die abonnirten Genossen vorsichtig geschieht, dann ist die Gefahr der Entdeckung beim Gesamtbezug weit geringer wie bei den Briefsendungen, welche die Post leichter ausfindig machen kann und in solchem Fall dann ohne Beweismittel stehen. Auf alle Fälle muß der von hundert und tausend Lumpenbunden aller Gattungen bedienten Polizei gegenüber alle Vorsicht angewendet werden, um ihr ihr Spiel zu verderben.

Wir eruchen, sowohl Wieder- als Neu-Abonnements möglichst umgehend zu bewirken, da unsere durch den systematischen Friedriehsahl und Briefbruch der deutschen und österreichischen Post bedingte komplizierte Beförderungsart viele Zeit wegnimmt und deshalb bei späterer Bestellung Verzögerungen in der Zustellung unausbleiblich wären.

Parteigenossen! Sammelt euch um eure Fahne und benutzt die euch gegebene Waffe mit Eifer und Geschick; seid rührig und thut eure Pflicht!

Redaktion und Expedition des „Sozialdemokrat“.

Ihr glaubt es nicht!

Ihr glaubt es nicht, Despoten auf dem Thron,
Und wähet so in Ewigkeit zu schalten,
Im Sklavensjoch blutig uns zu halten,
Dem Recht des Menschen laßt ihr freies Hohn;
Und doch, und doch — die Fesseln muß zerbrechen,
Es lebt ein Volk zu strafen und zu rächen!

Heut jagt ihr noch mit der Vasallen Brut
Und stoßt dem Kopf die Sporen in die Seite,
Mit Wuthgeheul umtobt uns eine Meute;
Und wir am Boden, wir in Schmach und Blut!
Und doch, und doch — rasch Schuß und Hieb und Stoch,
Es lebt ein Volk zu strafen und zu rächen!

Schon naht, o Volk, der schönste Oftertag,
Wie Siegeswonne braust es durch die Lüfte,
Ein Donner sprengt der Geister Todengräber,
Es weht die Welt der Traumwelt dämpfer Schlag;
Dann aber wird die Weltgeschichte sprechen:
Es lebt ein Volk zu strafen — und zu rächen!

Hans Barth.

An die Sozialisten beider Welten.

Brüder!

Die Herrschaft des Großbetriebes und die durch sie bewirkte Verwirrung des wirtschaftlichen Lebens haben die soziale Frage zu einer brennenden gemacht, deren Lösung nicht mehr aufgeschoben werden kann. Jedes Jahr muß ein Theil der Arbeiter, selbst der blühendsten Völker, aus Mangel des Nothwendigsten umkommen“, schreibt J. B. Say. Die Aerzte und Statistiker bestätigen dies Wort des Hohenpriesters der Bourgeois-Volkswirtschaft, welches auch anderwärts von allen Defonomisten der fatalistischen Schule mit weniger brutalen Worten wiederholt wird; und das traurige Rechnungsergebniß von Laster und Verbrechen zeigt, welches außer dem Elend der ungeheuren Mehrheit und dem Hungertod die übrigen Folgen unserer sozialen Organisation sind.

Wie lange wollen wir dieses Budget des Elends, des Lasters und Verbrechens noch bezahlen? Wir sind die Macht; wir fühlen das Böde, welches uns verzehrt; wir kennen die Ursachen und Heilmittel des Uebels; wir wissen, daß die Anwendung der letzteren unsere abgelebte Gesellschaft retten wird, ohne die Gerechtigkeit zu verletzen. Auf was warten wir noch? Vielleicht auf ein Lösungswort, auf ein Zeichen. Aber wenn dies Lösungswort ausgesprochen, dies Zeichen gegeben ist, wird es uns nicht unversehens überraschen? Und wie werden wir dann einträchtig zusammenwirken können, da wir doch heute an der Verwirklichung unserer verschiedenen Programme ohne jedes Einverständnis arbeiten?

Brüder! Die ungeheure Verbreitung unserer Ideen, die großartige Bewegung, welche sich von Tajo bis zur Wolga, von den britischen Inseln bis zu den Donaufürstenthümern vollzieht, die von den Proletariern allenthalben geleisteten Schmarhpeil, — beweisen sie euch nicht, daß ein neues 1789, eine große Revolution der ganzen Menschheit über die alte Welt heraufzieht? Brüder, ihr sammelt euch unwillkürlich angesichts der Größe der Aufgabe, welche ihr zu erfüllen habt. Allenthalben hören die inneren Streitigkeiten auf, allenthalben verschwinden die Spaltungen, überall fassen sich die Hände und die Herzen schlagen zusammen. Ein Hauch des Friedens und der Eintracht geht durch das Proletariat beider Welten. Die Leidenden, die Unterdrückten sparen ihren Haß für die Arbeiter, ihr Mißtrauen für die Bourgeois-Politiker, welche der Reihe nach sie verrathen und mißhandelt haben.

Fühlt ihr nicht, Brüder, daß diese Stunde eine feierliche ist?

Was noch thut, ist, daß ein Schritt gethan werde zur tatsächlichen Wiederaufrichtung der Internationalen Arbeiter-Assoziation; und unter den gegenwärtigen Umständen scheint dieser Schritt der einzige zu sein, welcher uns noch von unserm Ziel trennt. Wir müssen ein gemeinsames Aktionsprogramm haben. Ist die Ausarbeitung eines solchen Programmes unmöglich? Fragt doch die Sozialisten aller Völker, welche heute dieselben Grundsätze bekennen; fragt den Arbeiterkongreß, dessen mächtiges Echo, die einhellige, gewaltige Stimme zu vervielfältigen schien; fragt in Italien, in Frankreich, in Deutschland, in England, fragt allerorts: überall will man die Einigung, die Einigkeit der Aktion. Die Evolutionisten*) wissen, daß sie sich für den herannahenden Tag der Revolution bereit halten müssen; die Revolutionäre wissen, daß sie aus der sich vollziehenden Evolution jeden möglichen Vortheil ziehen müssen.

Brüder! Viel zu lange haben uns Worte getrennt. Laßt uns hinter diesen Worten weiter nichts mehr sehen, als den gleichen guten Glauben, die gleiche heiße Liebe für die Menschheit. Einig in unserm Haß gegen die sozialen Ungerechtigkeiten, werden wir uns auch zu vereinigen wissen, um sie zu beseitigen. Die belgische sozialistische Arbeiterpartei hat auf ihrem letzten Jahreskongreß den Wunsch ausgesprochen, daß das nächste Jahr einen sozialistischen Weltkongreß sich versammeln sehe. Die Zustimmung, welche mehrere sozialistische Organe diesem Gedanken bereits bezeugt haben, ist uns ein weiterer Beweis, daß er zur rechten Zeit aufgetaucht ist.

Wir laden euch hiemit zu diesem Kongreß ein.

Berathet euch jetzt über Zeit und Ort, über die ganze Organisation des Kongresses; nenat uns die Fragen, welche ihr auf die Tagesordnung gesetzt haben wollt; theilt uns eure Bedenken mit; helft uns endlich, die feierliche Arbeiterzusammenkunft des Jahres 1881 zu einer erfolgreichen zu machen.

*) Evolution—Entwicklung. Evolutionstheorie wird diejenige Lehre genannt, welche die Naturnothwendigkeit der allmählichen Entwicklung der politischen und besonders ökonomischen Verhältnisse lehrt, im Gegensatz zu der Revolutionstheorie im engeren Sinne, richtiger Exorismustheorie, welche nur eine sprunghafte, plötzliche, gewaltige Umänderung zuläßt. Richtig verstanden schließen sich Evolution und Revolution aber durchaus nicht gegenseitig aus, gehören vielmehr in unserem Sinne beide zu einander.

Möge er mehr denn je einen Wiederhall in euren Herzen finden, der alte Ruf:

Proletarier aller Länder, vereinigt euch!

Der Landesrath der belgischen sozialistischen

Arbeiterpartei

Der Schriftführer E. Anseele

Genl, Bleekerstele 14 II.

Zum Gedächtniß der Junischlacht.

23. — 26. Juni 1848.

Es war vor zweiunddreißig Jahren. Das Paris der Arbeiter bedeckte sich mit Barricaden. 40,000 Proletarier der großen Stadt hatten erklärt, daß sie lieber im Kampf für ihre unverjährbaren Rechte sterben, als auf ihrem elenden Lager Hungers verkommen wollten. Angesichts einer solchen Alternative gab es kein Zaudern. So entstand der Aufstand der Hungernden. Der Arbeiter kämpfte für seine Existenz und das Brod seiner Familie, dessen man ihn zum Vortheil der Reichen beraubt hatte.

Die von den Soldaten der „Ordnung“ niedergeworfenen Hungernden des Juni haben uns eine Erbschaft vermacht. Wohl konnten sie uns kein ausführliches Programm hinterlassen, denn sie hatten Eile, entweder mit den Unterdrückten aufzuräumen oder mit den Waffen in der Hand zu sterben. Aber was waren eigentlich die Forderungen dieser Männer? Zweierlei: Brod und Arbeit! Geben wir einmal zu, daß es nicht für alle Brod genug gebe. Aber die Arbeit — ist von ihr nicht immer genug vorhanden, muß eine nicht hinreichend große Menge von Weibern für diejenigen geschaffen werden, welche nichts arbeiten? Wahnsinnige Menschen, welche sich für ihr „Recht auf Arbeit“ schlugen! Wüßtet Ihr nicht, ihr Wahnsinnigen, ihr Undankbaren, daß die herrschende Klasse euch seit unendlichen Zeiten großmüthigst das ausschließliche „Recht auf Arbeit“ zuerkannt hat, wie sie sich das Recht des müßeligen Erwerbes vorbehielt?

Was ist dieses von den Herrschenden anerkannte „Recht“ des Volkes auf Arbeit? Es ist das geheiligte und unverjährbare „Recht“ der Arbeiter, Zeit ihres ganzen Lebens zum ausschließlichen Vortheil und Gewinn der Kapitalisten zu arbeiten, wenn diese ihre Reichthümer verzehnfachen wollen, und hungernd abzuwarten, wenn die Reichen es nicht für nöthig halten, den Armen auch nur ein Stück Obadbrod hinzuworfen.

Wir revolutionären Sozialisten, die wir nach den Junikämpfern gekommen sind, vergeffen wir nicht, daß sie uns diese eine Aufgabe zu lösen hinterlassen haben. Aber nicht jenes zweideutige „Recht auf Arbeit“ ist es, was wir verlangen, für dessen Eröberung wir kämpfen. Nein, was wir jetzt der Bourgeoiswelt, dieser Welt der Ausbeutung, Schurkerei, Freigebit und Heuchelei, entreißen wollen, das ist das Recht auf Kapital! Diese Forderung zu formuliren, war für die Märtyrer des Juni nicht die Zeit; wir aber wollen diese Lücke ausfüllen und unsern Willen klar und deutlich aussprechen. Und wir werden dieses zurückgeforderte Recht mit unserm Herzblut erobern.

Jene sind auf dem Schlachtfelde geblieben, in ihrem Blut gebadet. Darfuß, die abgemagerten Leiber mit Lumpen bedekt, mit schlechten Gewehren in den christlichen Händen, ohne erfahrene Führer, von Hunger und Durst geplagt — so schlugen sich die Pariser Arbeiter während der demwürdigen Tage des 23., 24., 25. und 26. Juni wie die Löwen. Und ihre unaussprechliche Verzweiflung gab ihnen die Kraft, zahllose wüthende Angriffe des „Ordnungs“-Heeres zurückzuwerfen, dessen Anführer doch zu Meistern in der Kunst der Menschenschlächtere herangebildet waren.

Am 25. Juni wagte es der Diktator Cavaignac, mit dem wüthenden Beschluß der Konstituante in der Hand, den Barricadenhelden zuzurufen: „Irrgefährte Brüder! Die Republik öffnet euch ihre Arme — ergebt euch!“ Er sagte nicht, welche Republik, denn damals gab es doch verschiedene; allein die Kämpfer übergaben sich. Die Helden vertrauten dem im Angesicht Frankreichs und Europa's gegebenen Wort eines französischen Soldaten. Und welches war der Erfolg ihres Vertrauens und ihrer Unterwerfung? Man sah es am nächsten Tage. Verhaftungen in Menge, Verschickung und Verbannung — so hielt die liberale Regierung der Bourgeoisie ihr Wort und öffnete den „Irrgefährten“ ihre Arme. Diese begriffen zu spät, daß sie sich nicht der Ehre eines Nachrichters der Bourgeoisie anvertrauen durften. Aber bevor sie verschickt und verbannt wurden, hatten die müthigen Kämpfer noch alle Schrecken der Gefängnisse und Kafematten zu erdulden. In die Keller der Tuilerien und in die engen Kerker der Festungswerke gepreßt, mußten sie Hunger und Durst bis zum Wahnsinn ertragen und fast erstickten in einer finsternen und von allerlei ekelhaften Auscheidungen verpesteten Luft. Die Henter bewachten ihre Beute. Wenn die Gefangenen schließlich um Wasser baten und durch Anklamern an den Eisengittern der Thüren und Fenster ein wenig frische Luft zu schöpfen suchten, hieben ihnen die Schildwachen die Finger mit den Säbeln ab und schossen mitten in den Haufen

hinein. Das war die sanfte Umarmung der Bourgeois-Republik, welche nichts Besseres verlangte, als Frankreich zu seiner größeren Sicherheit und Ordnung an den Dezembermann zu verkaufen.

Aber die mutigen Märtyrer des Juni hatten keinen Augenblick der Schwäche. Sie erkannten die Falle, welche man ihnen stellte und riefen nicht weniger laut: „Es lebe die soziale Revolution!“ Die Zukunft wird die Antwort auf diesen Ruf geben, und sie wird für die Bourgeoisie eine drohende sein. Gestern war der Sieg wohl auf Seite der herrschenden Klasse; aber morgen kann das Glück sie im Stiche lassen. Und dann . . .

Kalli (Hromada).

Durch Nacht zum Licht.

Die Hyänen des Volkes, wie sie einher stolzieren, wie sie sich ausblähen in dem von den Arbeitern geschaffenen Reichthum; während doch Alles, womit sie sich umgeben, die Nichtigkeit menschlicher Hoffahrt und Herrlichkeit predigt! Sie umkreisen einen Massenmörder gleich einem Sterne, der ewige Bahnen wandelt und wollen nicht wissen, daß dieser Stern der Abblümung eines Raubritters, eines Wegelagers, eines Panditen ist. Sie wollen nicht wissen, daß sie selbst nur der leichte Abkümmer der menschlichen Gesellschaft sind, daß sie für geleistete Henkersdienste von jenem Massenmörder aus dem Sumpfe, in welchem jener selbst badete, hervorgezogen worden. Wo sind sie hingelommen, diese blutlaugerischen Müßiggänger, die wie ein Alp auf die arbeitenden Klassen drücken? — wird einst die Zukunft fragen; wie sie mit ihrem Herrn und Meister aus dem Nichts in's Dasein getreten, so werden sie eines Tages wieder mit ihm verschwinden. Ein Gewitter wird sich vom politischen Himmel auf sie entladen, dergleichen die Welt noch keins gesehen, und all ihre Herrschaft und Herrlichkeit in Trümmer schmeißen und sie dahin schwimmen, von wo sie nimmer zurückkehren!

Langsam aber sicher ist die Saat gereift, welche die Unterdrücker und Ausbeuter gesät; es bedarf nur noch des Tages, an dem die Ernte beginnt, wo die Scherren die scharfe Sichel anlegen, der alsdann kein Palm entgegen wird. Eiddbruch, Arglist und Gewaltthätigkeit waren ihre Wege zur absoluten Herrschaft und zur Knechtung ihrer Mitmenschen; Eiddbruch, Arglist und Gewaltthätigkeit werden sich gegen sie wenden, wenn sie die Nemesis vor das unerbitliche aber gerechte Volksgericht fordert. Schon hängt es der Ordnungsgesellschaft vor diesem schrecklichen Gericht; aber sie will sich nicht mit dem seine Rechte verlangenden Volke verständigen, glaubt sich mit roher Gewalt vor ihm schützen zu können und hat sich zum Behufe ihrer Sicherstellung und ihrer Vorrechte allerorts mit einem Volkseisenthum umgeben, das das Volk nicht mehr lange erträgt. Der aus Blut und Eisen zusammengefügte neugebaute Kaiserthron kracht bereits in allen Fugen und wird bald aus Rand und Band gehen; und die denselben umgebenden Thronlein mit. Die schönen Tage von Aranjuez sind vorüber. Dem tolen Fasching folgt der Aschermittwoch und ihm der Kreuzigungstag. Der Hofanarch des behörten Volkes ist verurteilt, es beginnt die Wahrheit zu erkennen und schreit nach Bestrafung und Vernichtung der Mörder, Räuber und Diebe — es will Rache und Vergeltung üben an seinen alten Peinigern.

Verzweifelt rief der alte Krant ein vor mehr als 30 Jahren an der Pforte der Paulskirche zu Frankfurt a. M.: „Wir sind im vierten Akte; bald fällt der Vorhang. Aber das Spiel ist noch nicht aus. Wann wird zum fünften Male aufgezogen werden? Man wird mir entgegenschreien: Was prophezeit du, alter schneeweißer Rabe? Vermagst du Königen und Fürsten mit dem fünften Aufzuge zu drohen? Nein! nein! Ich drohe nicht, ich weiß sage ganz still und ruhig. Meine Häse sehen im Grabe, meine Augen werden hinter dem Aufzuge nichts Irdisches mehr sehen: Ich drohe mit keinem Zeichen; sondern der Alte, der Tag, Gott, droht mit dem seinigen.“ — Wohlan, der vierte Akt ist aus! Wir stehen vor Beginn des fünften; schon erklingen die Akkorde der Oudertäre. Nur noch wenige Augenblicke der Weltgeschichte und der Vorhang hebt sich — das Spiel beginnt. Der Anfang wird vielleicht ein schrecklicher sein. Doch das Volk wird bald seine Tyrannen vernichtet haben. Dann folgt der Völkerröden, dann folgt der Völkerröden.

Bis dahin, Genossen, die Sache des Volkes hoch halten und sei der Kampf noch so schwierig! Und wenn dann der Ruf zum Kampfe für die Freiheit erschallt, dann laßt uns vereint das rothe Banner schwingen, dann laßt uns vereint die Freiheit erringen!

Gegen das Tabakmonopol.

In Nr. 23 und 24 des „Sozialdemokrat“ unternimmt es ein Parteigenosse, uns zu beweisen, daß unsere Partei für das „Tabakmonopol“ eintreten müsse, wenn dieselbe taktisch richtig handeln wolle. Um ohne lange Umschweife zur Sache zu kommen, will ich also gleich erklären, daß mich die Ausführungen dieses Genossen durchaus nicht von der Nichtigkeit seiner Auffassung überzeugen haben, und will hinzufügen, daß dasselbe bei vielen andern Genossen der Fall ist. Ich will, um den Raum unseres Organs nicht zu sehr in Anspruch zu nehmen, nicht unserm Genossen in seinen einzelnen Ausführungen folgen, und zwar umsoweniger, als, nach meiner Ansicht, mit denselben eigentlich nur um den Preis herumgegangen wird. Ich beschränke mich darauf, zwei Punkte hervorzuheben, die nach meinem Dafürhalten für jeden Sozialdemokraten entscheidend sein sollten bei der Monopolfrage.

Zunächst sagt der Genosse, indem er zugibt, daß durch Einführung des Tabakmonopols die kleinen Kapitalisten ruiniert werden: „Ich glaube, es ist nicht unsere Aufgabe, die kleinen Kapitalisten in ihrem noch dazu elenden Zustande zu erhalten, sondern vielmehr, sie sobald als möglich daraus zu erretten.“ Von diesem ganz richtigen Satze kommt nun aber unser Freund zu einem ganz falschem Schlusse, nämlich zu dem, daß es nun auch von uns recht und praktisch gehandelt sei, wenn wir durch Bestätigung des Monopols im heutigen Staat die kleinen Kapitalisten, bezw. der Mittelstand ruiniert oder ruiniert helfen.

Ich will nun keine Gefühlspolitik treiben, sondern rein praktisch verfahren, gebe aber gerade deshalb folgendes zu bedenken. Es unterliegt wohl keinem Zweifel, daß es bis zur bevorstehenden Entscheidung unseres Kampfes unsere Pflicht ist, unsere Reihen

zu verstärken. Woher aber rekrutirt sich nun unsere Partei? Bisher keineswegs lediglich aus den alleruntersten Bevölkerungsschichten, sondern einfach aus dem Mittelstand und aus denjenigen Arbeitern, deren Subsistenzmittel es ihnen noch einigermaßen ermöglicht, selbstständig zu denken. Warum kommt nun die Mittelklasse zu uns? Nun, weil sie, von der Großindustrie ruiniert, von der Verwirklichung unserer Prinzipien Rettung hofft, und das mit Recht. Glaubt nun unser Monopolist, daß diese ruinierten Kleinrentner so leicht zu uns kommen würden, wenn wir diejenigen wären, die durch unser „Mithun“ sie ruiniert hätten? Nein, gewiß nicht, denn das wäre wider-natürlich, es wäre eine Anerkennung des zwar landläufigen, aber keineswegs wahren Sachwortes: „Frische Hebe, neue Liebe“.

Nein, wir wollen praktisch sein. Wir brauchen den Mittelstand und die kleinen Kapitalisten zur Verstärkung unserer Reihen. Deshalb wollen wir sie zu uns heranziehen, nicht aber direkt mithun zu ihrem Ruin; das wird schon von andern besorgt, und zwar gründlicher und schneller, als wie es durch das Tabakmonopol geschehen würde. Wir aber haben dann keines Gewissens und offene Ha-d und können sagen: Seht ihr, wer euch ruiniert, seht ihr, wer euer Feind ist? Kommt zu uns und helfe kämpfen zur Vernichtung unseres gemeinsamen Feindes! — Das allein ist ehrlich und praktisch.

Viel wichtiger und entscheidender scheint mir aber der zweite Punkt, den ich einwenden möchte. In unserm Programm fordern wir die Einführung einer progressiven Einkommensteuer an Stelle aller indirekten Steuern. Daraus folgt wohl, daß wir auch keine neuen indirekten Steuern einführen helfen wollen. Und dieser Theil unseres Programms ist derjenige, mit dessen möglicher Verwirklichung im jetzigen Staat wir uns positiv an der Gesetzgebung beteiligen wollen. Wie ist es nun denkbar, daß unsere Abgeordneten für das Monopol stimmen können, ohne sich einer Verletzung unseres Programms schuldig zu machen? Dies scheint mir einfach unmöglich. Für das Monopol stimmen und wirken, halte ich für einen Vertrauensbruch den Wählern gegenüber, für einen Verrath unserer Grundsätze.

Die Einführung des Monopols ist die Einführung einer indirekten Steuer, ja es ist mehr als das, es ist ein vollständiges Aufheben jedweden Budgetbewilligungsrechts. Letzteres mag im deutschen Reich schon sehr verstimmt sein; sollen wir aber deshalb zur vollständigen Vernichtung desselben beitragen? So-wiß nicht. Das Monopol in den Händen der Regierung ist die Steuerhölle ohne Ende, und zwar das Anspruchen derselben abhängig nur allein vom Willen Bismarcks. Hat Bismarck einmal das Monopol, so wird er nicht mehr lange Gesetzesvorlagen machen, wenn er Geld braucht, sondern wird einfach seine Monopolbeamten anweisen, den Preis-Kurant zu revidiren. Bismarck das Monopol geben, ist gleich dem abgeschossenen Pfeil, dessen Flug nicht mehr zu dirigiren oder aufzuhalten ist, der aber sein Ziel, die Tasche des Steuerzahlers, sicher empfindlich treffen würde.

Ich glaube, diese beiden Einwendungen genügen, um die Parteigenossen zu überzeugen, daß es nicht unsere Aufgabe sein kann, für das Monopol zu wirken und zu stimmen. Ich will nur noch einen Punkt, gewissermaßen als Kuriosum, erwähnen.

Unser Monopolist meint, bei Einführung des Monopols würden die Arbeiter Entschädigungsummen bekommen, mit denen sie dann nach den Ländern der freien Industrie auswandern können. Ich habe meine Feder nicht in Gift, sondern nur in Dinte getaucht, und deshalb will ich es nur einen hohen Grad von Sanguinismus nennen, den unser Freund in dieser Ansicht entwickelt. Arbeiter entschädigen! Lächerlich! Fabrikanten, auch allenfalls Detaillisten wird man vielleicht entschädigen, aber Arbeiter — wozu denn? Dann wird man einfach sagen: „Wie gestalten euch allergnädigst, euch jetzt von „Uns“ ausbeuten zu lassen, während euch früher X. und Y. ausbeuteten; wenn euch aber das nicht gefällt, nun dann könnt ihr gehen und einen andern Käufer für euer Blut und eure Knochen suchen — damit basta!“

Ich sage also: Nicht für, sondern gegen das Monopol.

Gegen das Monopol, weil es gegen unsere Grundsätze ist; gegen das Monopol, weil es eine Ausbeutung des Volkes ist; gegen das Monopol, weil es uns den Mittelstand verderben hilft; gegen das Monopol überhaupt, weil für den Arbeiter und für unsere Partei auch nicht ein einziger Vortheil dabei herauskommt, wohl aber zahlreiche Nachteile. Machen veränderte Verhältnisse veränderte Taktik notwendig, so läßt sich dagegen nichts sagen; wenn aber diese „neue Taktik“ nicht im Einklang steht mit unserm Programm, dann wollen wir nichts davon wissen. Vor allem Andern: keine Verletzung unserer Grundsätze!

London, im Juni 1880.

H. Radow.

* Die in unserer Nr. 24 angezeigte infame Denunziation des Herrn Hasselmann hat ihren Zweck bereits erreicht. Auf Grund derselben hat die Hamburger Staatsanwaltschaft gegen die Gen. Auer, Perossi und Garve einen Prozeß wegen Zwitterhandlung gegen das Sozialistengesetz, bezw. Vornahme verbotener Sammlungen eingeleitet, in welchem der Denunziant Hasselmann als Kronzeuge fungiren wird! Es steht zu erwarten, daß Herr Hasselmann folgerichtig sein und nun der Staatsanwaltschaft und dem Gericht auch die sämmtlichen ihm bekannten Geber und Empfänger denunziren und überliefern wird. Denn wenn man etwas schon einmal thut, so soll man es auch ganz thun, und ein ganzer und von dem Eifer seines Dienstes befehlter Denunziant und Polizeispitzel ist jedenfalls in gewissem Sinne achtenswerther, als ein halber, der seine Brodherren um den Lohn betrügt.

Indessen ist keineswegs zu befürchten, daß Herr Hasselmann auf halbem Weg stehen bleibt. Wie nämlich neuere Berichte melden, haben weitere verheerendste Denunziationen Hasselmann's gegen die Hamburger Genossenschaftsdruckerei den Erfolg gehabt, daß die Regierung gegen die genannte Druckerei — eines der wenigen ehemaligen Parteistütze, deren Zugrunde- richtung dem Sozialistengesetz nicht gelang — eine Untersuchung

wegen Unterstützung verbotener sozialistischer Propaganda eingeleitet hat, welche auf Schließung, d. h. Zugrunde- richtung der Druckerei abzielt. Als Vorwand für den beabsichtigten Gewaltstreich wird die, für alle mit den Verhältnissen einigermaßen Vertrauten ebenso lächerliche als empörende Lüge angeführt, daß die Gelder der genannten Druckerei für Unter- haltung des „Sozialdemokrat“ verwendet würden! Einen Beweis für diese Behauptung wird man freilich nicht erhalten können, da auch Herr Hasselmann zu dessen Lieferung nicht im Stande ist. Indessen kommt es ja der Regierung auf einen solchen gar nicht an; ihr ist es genug, einen scheinbaren „Rechtsgrund“ zur Schädigung der Genossenschaftsdruckerei zu haben, und im Besitz desselben wird sie mit der Bergewaltigung nicht zaudern.

Ueber den schurkischen Anstifter dieser neuen Verfolgungen haben wir, in seiner Eigenschaft als früheres Partei- mitglied, nichts mehr zu sagen; als solches ist er gerichtet. Aber der erbärmliche Denunziant sei hiemit auch vor allen ehrlichen Menschen ohne Rücksicht auf ihre politische Meinung an den Schandpfahl geschlagen, von dem ihn nichts mehr be- freien wird.

Man darf begierig sein, was Herr Mast zu den Heldenthaten seines neuesten Freundes, den er als „einen unserer besten Genossen“ (Nr. 24) bezeichnet (wie er früher über denselben dachte, darüber siehe „Sprechsaal“) sagen wird.

* In Nr. 25 der „Freiheit“ befindet sich folgende Notiz: „Am mit Zürich und Leipzig eine gründliche General- abrechnung zu halten . . . soll alsbald eine Broschüre . . . publizirt werden, die jedem völlig die Augen öffnen wird.“ Mit Bezug auf diese Ankündigung erhalten wir von dem notorisch mit Bestellung von Zeitungen und Schriften für das Berliner Polizeipräsidium beauftragten Kommissionär eine Bestellung, in welcher (unter Beilage von Geld) um Lieferung der genannten Broschüre sofort nach deren Erscheinen ersucht wird. Die Polizei kann demnach die ihr zweifellos erwünschten und nützbringenden „Enthüllungen“ (ähnliche von Herrn Hasselmann haben ihr ja bereits so erfreuliche Erfolge gebracht) kaum erwarten. Man sieht, daß die Wirksamkeit gewisser Leute in London von großem Interesse für die — Hrn. Eulenburg, Madai und Gen. ist.

Wir hatten die erwähnte Bestellung und Geldsendung, welche bei uns an die unrechte Stelle kam, zur Verfügung der Ver- fasser und Herausgeber der Generalabrechnung in London.

Sozialpolitische Rundschau.

Schweiz.

* Die organisirte Arbeiterschaft der Alpenrepublik hat sich endlich zum Widerstand gegen die schändlichen Veruche der Bourgeoisie auf Durchlöcherung und Beseitigung des, ihrer Ausbeutungsucht wenigstens einige Fugel anlegenden Fabrikgesetzes aufgerafft. Zum Zweck der Berathung über die den gefähr- drohenden Fabrikantenwählereien gegenüber zu ergreifenden Schritte und der Einleitung einer einheitlichen, kraftvollen Agitation nicht nur für die ungeschwächte Aufrechterhaltung des bestehenden Fabrikgesetzes, sondern auch für dessen endliche ehrliche Durch- führung, — war auf den letzten Sonntag den 27. Juni vom Zentralausschuß der Arbeiter- und Grütlivereine des Bezirks Zürich eine Delegirtenversammlung sämmtlicher fabrikgesetzfreund- lichen Vereine, Behörden und Zeitungen einberufen. Dieselbe war von ungefähr 60 Abgeordneten der verschiedenen Arbeiter- organisationen besucht, von denen jedoch leider nur eine sehr mäßige Zahl auswärtigen Kantonen angehörte. Nach einer Berichterstat- tung des Gen. Greulich und einem interessanten Vortrag des Gen. Kautsky über die Nothwendigkeit und den günstigen Einfluß der Fabrikgesetz in sittlicher, gesundheitlicher und wirth- schaftlicher Beziehung, sowie nach einer lebhaft geführten Berathung faßte die Versammlung einstimmig folgende Beschlüsse: Die organisirte Arbeiterschaft der Schweiz steht 1) einmütig für die Aufrechterhaltung des schwer erungenen und durch die Bundesverfassung verheißenen Fabrikgesetzes; 2) begehrt entschieden eine genaue und strenge Vollziehungsverordnung zum Fabrik- gesetz, indem Gesetze, welche zum Schutze der Arbeiter erlassen sind, ebenso streng durchzuführen werden müssen, als solche, welche ihnen Pflichten auferlegen; 3) verlangt ein Haftpflichtgesetz für alle gewerblichen Arbeiter (gleich dem Eisenbahn-Haftpflichtgesetz), um der leichtfertigen Gefährdung der Arbeiterleben ein Ende zu machen; 4) ersucht den Bundesrath um Anknüpfung von Ver- handlungen mit den Regierungen anderer industriellen Länder zur Anbahnung einer internationalen Arbeitergesetzgebung (nach Art der Genfer Konvention und des Weltpostvertrags); 5) be- auftragt das Bundeskomitee des Arbeiterbundes und das Zentral- komitee des Grütlivereines zur Einleitung einer einheitlichen Agitation in der ganzen Schweiz. — Weitere Beschlüsse betrafen die Ausbringung der für die Agitation nöthigen Geldmittel.

Wir brauchen nicht erst zu sagen, daß den Bestrebungen der schweizerischen Arbeiter zur Wahrung ihrer schwer erkämpften Rechte nicht nur unsere, sondern der ganzen deutschen Sozial- demokratische brüderlichste Sympathien gehören und daß wir ihnen den besten, vollsten Erfolg wünschen. Ein solcher ist jedoch nur dann zu hoffen, wenn sich die schweizerischen Arbeiter den un- ermüdlichen Eifer und die Zielbewußtheit ihrer Segnerin, der Bourgeoisie, zum Muster nehmen und thätkräftiger und oper- mütiger für ihre Sache eintreten, als es während der letzten Jahre der Fall war. Andernfalls ist ihnen eine Niederlage sicher, und das schlimmste wäre, daß die Arbeiter die Schuld daran sich selbst beizumessen hätten.

Deutschland.

* Endlich ist der nachgerade eben so langweilige als elle Handel zwischen der preussischen Regierung und dem Landtag über die famose Kirchenvorlage zu Ende. Wie wir bereits ankün- digten, sind die edlen Nationalliberalen oder wenigstens ein Theil von ihnen, trotzdem es ihr liebste Steckampfer, den „Kultur- kamp“ betraf, in letzter Stunde richtig wieder über den Stock- gedrungen und haben durch ein heizhaftes Kompromißchen die

Kirchenvorlage, wenn auch in verflämelter Form, gerettet. Welches ist nur das Ergebnis des ganzen Handels? Die Regierung hat ihren Willen abermals durchgesetzt; die verlangte kirchenpolitische Diktatur ist ihr übertragen und damit der Regierungsabsolutismus aufs neue vermehrt und vervollkommen worden. Die „Volksvertreter“ dagegen, die Mehrheitsparteien, haben ihrem ohnehin schon sehr besetzten Ansehen einen neuen, gewaltigen Stoß versetzt. Die „Konservativen“ haben sich als haltlos, die „Liberalen“ als zertrüßert und ehrlos, beide als zum Widerstand gegen den ernstlichen Regierungswillen unfähig erweisen. Der Parlamentarismus sinkt in den Augen des Volkes immer tiefer und ein immer stärkeres Misstrauen in die Fähigkeit und Ehrlichkeit aller alten Parteien greift Platz. Der wahre, glänzende Sieger aber in dem betadelten Streit ist der römische „Erbsind“, der Katholizismus und seine politische Vorkämpferin, das Zentrum, die der Bismarck'schen Politik eine schmachvolle Niederlage beigebracht haben. Der römische Hof hat bekanntlich s. B. die Wiener Verhandlungen mit der preussischen Regierung abgebrochen, weil er ein sah, daß seine Forderungen nicht bewilligt würden. Unmittelbar darauf wird dem preussischen Landtag ein Gesetzentwurf vorgelegt, welcher zahlreiche Forderungen Roms bewilligt — und weitere Vorteile werden in Aussicht gestellt —, ohne daß Rom selbst die geringsten Zugeständnisse gemacht hätte. Ist dieses Entgegenkommen geeignet, Rom zum Abgeben auch nur einer seiner übrigen Forderungen zu bewegen? Gewiß nicht. Rom hat erfahren, was es durchsetzen kann, wenn es hartnäckig ist, und daß die in ihren Grundfesten bedrohte Regierung auf seine Hilfe um jeden Preis angewiesen ist. Freilich wissen wir, daß auch diese Hilfe die alte Ordnung der Dinge auf die Dauer nicht retten kann, sondern im Gegenteil die beiden vereinten Unterdrückungs-genossen vereint in die Grube bringen muß. Und deshalb ist der eigentliche Vorkämpfer in diesem, wie in so manchen anderen Streit, der lachende Dritte, niemand anderer als der einzige Erbe der beiden altersschwachen und in Gewaltorgien rasch den kurzen Rest ihres Lebens aufreibenden Sünder: die Revolution und ihr Meister, der Sozialismus!

— Die Klassenjustiz hat wieder einmal die Wirkung statt der Ursache, die durch infame Ausbeutung zum Widerstand der Notwehr getriebenen Arbeiter anstatt ihrer kapitalistischen Unterdrücker bestraft. Man erinnert sich der beiden, wegen übermäßigster Auspressung und unmenschlicher Behandlung ausgebrochenen Arbeiterrevolten von Radzionkau und Swinemünde. Der Staatsanwalt selbst fühlte sich in dem einen Fall zu dem Geständnis veranlaßt: daß ein gut Theil der Schuld in dem Benehmen der Beamten gegenüber den Arbeitern zu suchen sei. Trotzdem aber wurden in dem ersten Fall von den 60 Angeklagten 45 zu mehr oder weniger langen Zuchthaus- und Gefängnisstrafen, in letzterem Fall ein Angeklagter zu 1 Jahr 4 Monaten, zwei zu je 1 Jahr 2 Monaten, alle übrigen zu je 3 Monaten Gefängnis verurtheilt. Kommt der Bourgeoisgesellschaft nicht hier und da in einem nächsten Augenblick der Gedanke, welche Drogenlast sie durch solche Thaten ausfährt? Und graut ihr nicht vor der Ernte, welche gewiß ist und schrecklich sein wird?

— Ein „allerhöchstes“ Wort. Man liest in Bourgeoiszeitungen: „Als das deutsche Kaiserpaar am 19. v. M. die Kunst- und Gewerbe-Ausstellung besuchte, nahmen die beiden Majestäten dabeist eine ihnen von der bekannten Kölner Firma Süsswert servirte Chocolate. Dieselbe schmeckte dem Kaiser Wilhelm so gut, daß er die denkwürdigen (!) Worte sprach: „Das ist ein erwünschtes Frühstück; solche vorzügliche Chocolate wünsche ich jedem meiner Landeskinder zu Sonntag Vormittag.“ — Mit welcher Aufopferung dieser edle „Landesvater“ und Helden-greis nicht seine verantwortungsvollen Herrscherpflichten erfüllt: wiederholt mit seinem allerhöchsten Mund die famose Huhn-im-Topf-Geschichte Heinrich IV. und wünscht jedem seiner „Untertanen“ eine Tasse Chocolate! Erhaben, groß, denkwürdig! Wenn er aber dem Volk Brod nicht nur wünschen, sondern schaffen könnte, wäre es jedenfalls besser. Freilich ist auch er nicht allmächtig, nicht einmal in politischen Dingen, (die Bismarck ausschließend angehen), am allerwenigsten aber die wirtschaftlichen Zustände. Aber wenn er sammt seinen erlauchten Bundesbrüdern, all den großen und kleinen Höfen, den vielen Duzenden von Prinzen und Ministern, den Hunderten von Hoffstrazzen und Generalen und all dem Geschmeiß, das an dem faulenden Königthum seine Schmarotzerexistenz fristet, sammt dem stehenden Heer der Soldaten und der Polizei und allem sonst dazugehörigen — sich gefälligst fachte beiseite begeben wüßte, so wäre doch ein guter Anfang gemacht und das deutsche Volk sollte bald Brod und Chocolate haben. Da die Herren aber das freiwillig kaum thun werden, so wird das Volk, wenn es nicht auf beides verzichten will, eines schönen Tages wohl selbst zugreifen müssen.

— In Berlin findet gegenwärtig eine lebhaftere Lohnbewegung statt. Die Tischlergesellen, welche durchschnittlich nur 10 Mark die Woche verdienen — ein Lohn, welcher namentlich die Verbrätheten zum Hungern verdammt —, begehren den etwas besseren Geschäftsgang in ihrem Geschäft, um eine kleine Verbesserung ihres Lohnes, 10 Proz., zu erzingen. Sie hielten Versammlungen ab, in welchen ein Siebener-Ausschuß gewählt ward, der mit den nöthigen Unterhandlungen mit den Meistern beauftragt wurde. Da mischten sich schleunigst die Hirsch-Dunkel'schen Gewerksvereiner herein und verriethen die Arbeiter auf die elendeste Art, indem sie, „ihrem Prinzip der Harmonie zwischen Arbeitgeber und Arbeitgeber geizend“, eine Meisterversammlung einberiefen. In derselben konnten nun freilich die Arbeitgeber die Hungerlöhne und die Nothlage des Gesellen nicht bestreiten, verhängten sich aber hinter alle möglichen Ausflüchte, vor allem aber hinter die, daß erst eine Erhöhung des Waarenpreises erzielt werden müsse, bevor etwas für die Arbeiter gelhan werden könne. Der Siebener-Ausschuß der Arbeiter wurde auf Beschluß der Versammlung gar nicht angehört. Am letzten Sonntag tagte nun eine neue Versammlung der Gesellen, in welcher das Benehmen der Meister und das Vorgehen der Herren Gewerksvereiner entsprechend belächelt und den letzteren das von ihnen geforderte Vertrauen der Arbeiter auf Grund ihrer ganzen Vergangenheit abgeprochen wurde. Die von über 800 Arbeitern besuchte öffentliche Versamm-

lung beschloß, auf ihren Forderungen energisch zu beharren und zugleich an sämtliche Meister mit der Anerkennung der Lohnherabsetzung heranzutreten. Bei Weigerung wird die Arbeit eingestellt. Ob hierdurch ein Erfolg zu erzielen ist, hängt lediglich davon ab, ob es gelingt, unter den Arbeitern selbst Einigkeit herzustellen, was freilich unter der Herrschaft des Belagerungs-zustandes schwerer denn je ist. Und schließlich besteht auch noch die Gefahr, daß, im Fall die Arbeiter wirklich Erfolge erzielen sollten, die Polizei den Arbeitgebern zu Hilfe eilt und ihre „Duldbarkeit“ einstellt, indem sie in dem Streik verbotene „sozialistische, sozialdemokratische und kommunistische, auf den Umsturz der bestehenden Gesellschaftsordnung gerichtete Bestrebungen“ entdeckt. Freilich würde sie dadurch ihre Freunde in den Reihen der Arbeiter nicht vermehren und daher auch wohl die erstaunliche vorläufige „Duldung“.

— Eine Kennzeichnung deutscher Verhältnisse, wie sie drastischer von dem ärgsten Reichsfeind nicht zu liefern ist, finden wir in einem Bourgeoisblatt, wo kurz nach einander folgende trockene Notizen zu lesen sind: „Während des April kamen im preussischen Heere 23 Selbstmorde vor.“ — In Berlin gelangten während der abgelaufenen Woche 14 Selbstmorde zur Kenntniß der Polizei.“ — In Grünbach bei Falkenstein in Sachsen brach der Hungertyphus aus und sind von demselben bereits 70 Personen ergriffen.“ — Ist das nicht eine vorzügliche „Ordnung“, ein ruhmvolles Reich?

— In Frankfurt a. M. wurden sieben Genossen: Jemer, Liebte, Hiller, Jhrath, Schulze, Roth und Höppler wegen „geheimer Verbindungen“ (es handelte sich einfach um gemeinsames Zeitungsabonnement) zu einer Woche Gefängnis verurtheilt. Im Laufe der Verhandlung wurde die Willkürlichkeit der Frankfurter Polizei von der Verteidigung in der vernünftigsten Weise aufgedeckt.

— Vergangenen Freitag brach im Mühlhausen in Elsas eine Arbeitseinstellung unter den Eisenbahnwerkstätten-Arbeitern aus. Grund derselben ist eine empfindliche und durchaus unbegründete Lohnherabsetzung. Die der Bourgeois stets dienstwillige Polizei verbot sofort die Versammlungen der Streikenden, worauf sich dieselben, 300 Mann stark, in den Tannenwald begaben und dort ihre Angelegenheiten besprachen, ehe es die Polizei hindern konnte. Bis jetzt ist keine Einigung erzielt.

— Die letztvergangenen Wochen sind wieder besonders reich an Sozialistenverfolgungen — die übrigens nie aufhören — gemein. In Altona wurden wiederum mehrere Genossen und zwar wegen Verbreitung der Erklärung der sozialdemokratischen Abgeordneten gegen Hasselmann verhaftet; sie sollen sich dadurch — verbotener Sammlungen zu sozialistischen Zwecken schuldig gemacht haben, weil nach einer Bemerkung an der Spitze der Erklärung der Entzug des Verkaufes zur Unterstützung der Ausgewiesenen bestimmt ist. Ein neuer Beweis, daß es der Regierung gar nicht einfällt, die Sammlungen für den Unterstützungsfond außer Verfolgung zu lassen.

— In Magdeburg fand abermals eine große Anzahl von Hausdurchsuchungen statt und wurden zwei Genossen verhaftet; Gründe bis jetzt unbekannt. — In Breslau haben ebenfalls anlässlich der Verbreitung eines von Gen. Kräcker verfaßten Flugblattes zahlreiche Hausdurchsuchungen stattgefunden und werden die Briefe einer Anzahl bekannter Genossen von der Post regelmäßig auf die Staatsanwaltschaft geliefert und dort geöffnet. Von dort wie von verschiedenen andern Orten wird uns geschrieben, daß es scheint, als ob man Material zu einer bis jetzt noch nicht greifbaren Anklage zu erlangen suche. Also aufgepaßt, damit die Post- und Polizeidiebe sich umsonst anstrengen!

— Dresden, 26. Juni. Vom Stand unserer Bewegung können wir erfreulicherweise das Beste melden und wäre nur zu wünschen, daß es überall so gut stünde, wie in Sachsens sozialistischer Haupt- und Residenzstadt. Wir geminnen eine ganze Anzahl besonders junger Genossen, die sich mit dem Feuergeist der Jugend in die Arbeit stürzen. Vor einiger Zeit war Bebel hier auf einem Ausflug anwesend, an welchem sich etwa 12-1500 Menschen beteiligten, ohne daß auch nur eine öffentliche Bekanntmachung erfolgt wäre. Es war ein wahres Vergnügen, die Leute sprechen zu — sehen. Auf einem späteren Ausflug nach Kößgenbroda passierte es, daß ein gewisser Dr. Barry, bekannt als Rumpfen-doktor, einen Gensdarmer veranlaßte, Gen. Kayser, als er harmloses Gedicht vortrug, zu unterbrechen und zu notieren. Der edle Herr Doktor sagte nämlich zu dem Gensdarmer: „Wenn Sie jetzt nicht einschreiten, zeige ich Sie bei der Amtshauptmannschaft an.“ Was wollte der Gensdarmer machen — er mußte. Jene Aufforderung, die von Genossen gehört wurde, machte natürlich böses Blut, und Barry, der Lumpenker ausführen sah, suchte sich zu drücken. Er ward indes gezwungen, zunächst seine Karte abzugeben, bei welcher Gelegenheit der Demagogen denn auch beim rechten Namen genannt worden sein soll. Einige Minuten nachher sollen den sich entfernenden Demagogen einige Leute im Walde, wo er „gar einsam und allein war“ gedregg durchgeschlägt haben, so daß er, sein blutendes Haupt in der Hand, seiner Rumpfen-doktorie erliege. Wie tollert und prumpt doch mitunter der Himmel seine Strafen vollzieht! Im Übrigen soll man die Bösewichter, die sich der That schuldig machten, noch nicht gefunden haben.

Vor 14 Tagen wurde (wie schon gemeldet, D. Red.) seitens unserer Sachwalterlichen einmal wieder eine allgemeine Razzia vorgenommen. Früh 1/6 Uhr rüsteten sie an, die 100 Mann Polizei, und an 37 verschiedenen Stellen wurden die Hausklingeln zu gleicher Zeit angezogen, um die Nothen aus ihren Betten zu scheuchen, und zu untersuchen, ob sich nicht Spuren von „auf den Umsturz gerichtete Bestrebungen“ entdecken ließen. Natürlich war das Resultat der Generaldurchsuchung Null; war es doch schon a vordere bekannt geworden, daß bald wieder etwas kommen würde, und hatten sich alle vorgelesen: freilich, mitgenommen ist trotzdem genug worden. Vereingelte Nummern des „Sozialdemokrat“, einige echte Magdeburger „Deutschland als Republik“ (heulroth oder Maßroth) und verschiedene sonstige ungeschuldige Zeugs. Gelungen war's, daß die Polizisten alles, was sie nicht lesen konnten und nicht verstanden, an sich nahmen. So aus einer Stelle eine türkische Zeitung, die ein Schall ihnen als russische bezeichnete. „Ruffische? Wird mitgenommen!“ — meinte der Herr Sachwalter, der sich, der s. J. einmal seinen Vorgesetzten eine konsequente Belehrung von Börne's Schriften mit dem Bemerkten hinhielt: „Hier, da steht aber verrücktes Zeug darin.“ Dann wurden an einem andern Orte verschiedene Prosclite vom Panama-Kanal konfiszirt. Gelungen war's, wie die Herren von der Polizei die abgefaßten Schriftstücke durchsuchten, und wie ihnen beim Worte „International“ (international Company) die Augen blühen vor Freuden. Es war ein hehrer Augenblick! Weiter wurden englisch geschriebene Postkarten, französische Zeitungen, englische Broschüren, und überhaupt alles, was fremdsprachig war, angetert. Aus wollte scheinen, als ob ein Schritzendepot gemacht wurde; gefunden haben sie jedenfalls keines. Die edle Polizei hält die Sozialisten doch für zu dummi; nimmt's eben von sich ab!

— **Brieg**, Reg.-Bez. Breslau, 27. Juni. Es ist wohl an der Zeit, endlich auch einmal von uns etwas hören zu lassen. Bis vor kurzer Zeit waren wir vor den Augen der Polizei etwas von der Tagesordnung abgesetzt; da einmal beginnt die Spionage der hiesigen Polizei, um zu versuchen, uns durch Respektmaßregeln zu kampflos zu machen, zu schädigen und Hindernisse zu bereiten. Am 7. Juni erschien bei unserem Genossen Paul Kähler der Polizei-Inspektor in Begleitung eines Polizisten, um eine Hausdurchsuchung vorzunehmen. Es handelte sich um „Den Kampf gegen den Sozialismus“ von J. Kräcker in Breslau. Nachdem man unserm Genossen sämtliche in der Stube befindlichen Bücher durchsucht hatte, und das Resultat gleich Null gewesen, mußte man sich mit einem grauen Vogen Postpapier begnügen, in welchem das corpus delicti eingepackt gewesen sein soll. Man konfiszirte dasselbe und überreichte unserm Genossen mit, daß er sich sofort nach dem Polizeibureau begeben solle. Natürlich glaubte man unser Genosse, daß er sich allein dahin begeben könne; allein er wurde bald eines besseren belehrt. Man transportirte ihn nämlich gleich einem gemeinen Verbrecher unter einem großen Kuffen von Menschen mitten durch die Stadt nach der Polizei. Inzwischen konnte man unserm Genossen keines großen oder kleinen Verbrechens überführen und mußte ihn deshalb bis auf weiteres wieder entlassen. Natürlich konnte die Polizei das voraussagen; aber es handelte sich bloß darum, einen verhassten Sozialisten zu kampflos zu machen. Man sieht daraus, daß man auch hier durch die gemeinsten Machinationen den bedenkenden Arbeiter auf jede mögliche Art und Weise zu verächtlichen und zu schädigen sucht. Aber das schadet alles nichts; wir arbeiten trotzdem und gerade deshalb unermüdet weiter und fordern die Genossen allerorts auf, dasselbe zu thun und nicht zu erlahmen; die Stunde der Erlösung und Vergeltung ist nicht fern! Deshalb, Genossen, frisch auf! Vorwärts ist unsere Parole!

Die Genossen von Brieg, Rothweil.

Oesterreich-Ungarn.

* Welche Furcht der ungarischen Regierung — dieselbe, welche noch vor kurzem erklärte, daß in Ungarn kein Boden für den Sozialismus sei — die Vereinigung der beiden bisherigen Fraktionen der ungarländischen Sozialisten zu einer einheitlich organisirten Partei einjagt, zeigt am besten die Verwerflichkeit, mit welcher die Regierungsgewaltigen seitdem auf alles im entferntesten nach Sozialismus Riechende losfahren und wobei sie auch vor den schreiendsten, ungeheuerlichsten Willkürmaßnahmen, wie sie in Deutschland selbst unter dem Sozialistengesetz kaum denkbar wären, nicht zurückschrecken. So ist die Polizei den Bereich im Unterliegen begriffenen Tischlermeistern Budapests dadurch zu Hilfe gekommen, daß sie die streikenden Tischlergesellen zur Wiederaufnahme der Arbeit aufforderte, widrigenfalls alle nicht nach Budapest Zuständigen abgeschoben würden. Dem Streikkomitee wurde befohlen, sich aufzulösen, da „Vereinbarungen, die Streikenden zu unterstützen, gegen das Gesetz seien“. Die Deputation dieses Komites, welche bei dem Minister rekurren wollte, wurde von diesem nicht vorgelassen, da dieses Komitee „jeder Rechtsbasis entbehre.“ — Und diesem unerbittlichen Gewaltakt folgte bald ein weiterer. Auf Anordnung des kaiserlichen Gerichtshofes wurde am 26. Juni Vormittags unter polizeilicher Aufsicht das Haus der Allgemeinen Arbeiter-Kranken- und Invaliden-Kasse gesperrt, und durch eine Gerichtskommission eine Durchsuchung aller Räumlichkeiten des Vereinslokals und auch derjenigen der dort untergebrachten Redaktion der „Arbeiter-Wochen-Chronik“ vorgenommen. Die Kasse sowohl als auch alle vorgefundenen Dokumente wurden mit Beschloß belegt. Die Veranlassung zu dieser Maßregel — welche allgemeines Aufsehen und nicht minder allgemeine Unruhe hervorrief, so daß die Straßen von Tausenden von Menschen erfüllt waren und die Polizei vollaus zu thun hatte, um die „Ordnung“ aufrecht zu erhalten — sollen „sozialdemokratische Umtriebe“ sein. Ganz gleiche Hausdurchsuchungen fanden zur selben Zeit auch in Preshburg, Oedenburg, Steinamanger und an andern Orten statt, so daß sich die Maßregel als eine allgemeine Sozialistenhege darstellt. Ob die Regierung aber damit ihren Zweck erreicht, muß stark bezweifelt werden, denn nicht nur soll sie die gesuchten „Verhöhnungs“-Beweise nicht gefunden haben, sondern unsere ungarländischen Genossen erklären auch, daß sie sich durch die Regierungswillkür in der Verfolgung ihrer Ziele in keiner Weise betreten lassen.

Nicht minder werden die Sozialisten auch in der zisleithanischen Reichshälfte verfolgt, wo dies freilich nichts neues mehr ist. Näheres hierüber ein andermal.

Niederlande.

* Der Allgemeine niederländische Arbeiterbund hat vergangenen Monat zu Arnheim einen Kongreß abgehalten, der gut besucht war und seine Arbeiten mit großer Sachkunde erledigte. Auf der Tagesordnung standen nicht weniger als dreizehn Fragen von großer Wichtigkeit für die arbeitende Klasse. Von der gefaßten Beschlüssen haben wir zur Kennzeichnung des Entwicklungsstandes der Arbeiterbewegung in den Niederlanden folgende hervor: Einführung einer gesetzlichen Arbeitsordnung mit einem 10stündigen Arbeitstag; Abschaffung der Konkurrenz, welche die Gefängnisarbeit den freien Arbeitern macht und sie in die Unmöglichkeit versetzt, sich ehrlich zu ernähren; Fortsetzung der Bewegung zur Erlangung des allgemeinen Stimmrechts und Organisation einer großartigen öffentlichen Demonstration im Haag zur Förderung dieses Zweckes; Abschaffung des stehenden Heeres und Bewaffung aller Bürger; Bildung neuer Kooperativgenossenschaften u. s. f. Der Bund zählt 43 Mitgliedschaften in allen Landestheilen; der nächste Kongreß wird 1881 in Harlem stattfinden.

— **Brüssel**, 27. Juni. Vorigen Sonntag begrubten wir hier einen Genossen Namens Mathias Esser. Derselbe wurde voriges Jahr von hier ausgewiesen; Grund sollte sein, daß er während eines 14tägigen Aufenthalts in Deutschland, wo er zur Uebung war, verbotene Schriften unter dem Militär verbreitet haben sollte, was ihm indessen nachträglich nicht bewiesen werden konnte, sondern nur eine nachträgliche Verurteilung der deutschen Behörden war. Außerdem hatte er das Verbrechen begangen, seinen Namen als Expedient der „Freiheit“ in hiesige Arbeiter-, vielmehr sozialistische Zeitungen zu legen. Das war Alles. Nun läßt Esser aber trotz seiner Ausweisung hier. Sein Arbeitgeber schützte ihn sehr, trotzdem er seinetwegen Unannehmlichkeiten mit der Polizei hatte. Man kann sich leicht denken, was für große Augen die Polizei machte, als man kam und ihr Esser's Tod meldete, der doch bereits ein ganzes Jahr aus dem Register gestrichen war. Aber jetzt war nun einmal nichts mehr zu machen. Uebrigens war noch das Begräbniß eine wahre Demonstration. Voraus flatterte die rote Fahne, nach dieser folgte der Sarg, von sechs Genossen getragen und von einem rothen Feichtuch bedeckt; so marschirte der Zug unter großem Aufsehen mitten durch die Stadt, etwa 250 Mann stark. — Daß die Ausweisung Esser's Tod war, ist sicher, denn er hat einen schweren Winter erlitten. Die Genossen haben gethan, was sie konnten. Er hinterläßt eine Frau, welche sich während seiner Krankheit auch vollständig ruiniert hat, daß sie jetzt selbst darnieder liegt. Proletarierlos! Wie lange werden die Haken und Bechen noch im Glend verkommen und die Schürze in „Ehren“ sterben??

Großbritannien und Irland.

* Liberale Blätter bringen folgende Notiz: „Entsetzliche Statistik. Aus einem eben veröffentlichten parlamentarischen Ausweise erhellt, daß im verflochtenen Jahre in London achtzig Todesfälle stattfanden, über welche das Verdict der Leichen-Schaujury auf „Tod durch Erhungern“ oder „Tod beschleunigt durch Entbehrungen“ lautet. Von diesen Todesfällen ereigneten sich 48 im Centraldistrikte, 28 im Osten und 1 im Westen der reichsten Stadt der Welt. Zwei erfolgten in Westminster und 1 in Greenwich. — Diese trockene Thatsache beweist klar und deutlich, wohin die privatkapitalistische Produktion führt — denn während auf der einen Seite Millionen aufgehäuft werden, findet man es ganz in der Ordnung, daß in denselben Mauern für den Proletariat „am Tische der Natur nicht gedeckt ist“. Uebrigens haben wir es hier nur mit einer Stadt zu thun und außer allem Zweifel nur mit solchen Fällen, wo der Mann der Wissenschaft mit dem besten Willen kein anderes Verdict abzugeben vermochte. Doch weh! ungezählte Massen der sogenannten zivilisirten Welt alljährlich in's Gras beißen, auf die das Verdict „Tod beschleunigt durch Entbehrungen“ anzuwenden wäre, erfahren wir nicht. Aber gewiß dürfte die Ziffer eine solche Höhe erreichen, daß dem Menschenfreund das Blut in den Adern erstarren müßte.

* Das englische Parlament hat in einer Sitzung zu Anfang dieses Monats eine schlagende Probe der Bourgeoismoral gegeben, welche von jedem Arbeiter gefaßt zu werden verdient. Bekanntlich ist das Opium von allen Vergnügungsmitteln das weitest verbreitetste; es verdammt das menschliche Gehirn in der erschrecklichsten Weise, macht den Menschen zu seinem willenlosen Sklaven und zu jedem thierartigen Schafens unfähig, und vergiftet, wo sein Genuß einmal eingerissen, ganze Völker. Trotzdem aber ist diesem verurteilten England, allen diesen hochtrophischen und Cautern, allen diesen Familienwärtinnen voll der strengsten, christlichsten Sittenreinheit, die Kultur des Rokkos, die Zucht der Opium- und die systematische Vergiftung Chinas eine unentbehrliche, unerlöschliche Einkommenquelle für die indische Regierung und für die Tausende der Händler. Schon die alte indische Kompanie zog aus der Herstellung des Opiums und dessen Einschmuggelung nach China ein ungeheures Einkommen. Als sich die englische Regierung an die Stelle jener bevorrechteten Räubergesellschaft setzte, war eine ihrer ersten Anstrengungen, jenen einträglichen Handel zu legalisieren und moralisieren, indem sie China mit Waffengewalt zwang, den freien Eintritt des Opiums zu gestatten, wodurch nach den Worten des Marquis Harrington ein Jahrsatz ein Ende gemacht wurde, „der einen massenhaften unerlaubten Handel erzeugte und eine entsetzliche Demoralisation für alle an ihm Beteiligte mit sich brachte“. Das heißt: was im Namen und Interesse der Wohlfahrt und Gesundheit des chinesischen Volkes bis dahin verboten gewesen, wurde nun ein rechtmäßiger, löblicher, stiller Handel, der den ehrenwerthen, ihn nun ohne Gefahr und unter dem Schutze ihrer Regierung betreibenden Engländern reichliche Gewinne abwarf. Vergänglich suchte sich China gegen die aufgewungene Opiumzufuhr anzukämpfen; das „moralische“ Reich der Mitte schlug jeden derartigen Versuch des „barbarischen“ Reichs der Mitte mit Waffengewalt nieder. 1840 mußte China, nach einem unglücklichen Krieg, eine Kriegserklärung abgeben von 60 Millionen Franken bezahlen; und seitdem wurden verschiedene Opiumkriege gekämpft, zu dem einzigen Zweck, die chinesische Regierung dazu zu zwingen, die Vergiftung ihres Volkes durch die englischen Opiumhändler ruhig zu dulden.

Jetzt, nach dem abermaligen Regierungsantritt der Liberalen, hielt es das Parlament für seinen Pflichten für nöthig, als das neue Cabinet die Anfrage zu stellen: welche Stellung es gegenüber dem Opiumhandel einnehmen und ob es der chinesischen Regierung gestatten werde, ihre Häfen dem indischen Opium zu verschließen, um den erschrecklichen Fortschritten der Opiumpest unter dem chinesischen Volk Einhalt thun zu können. Dieser „uneingetragene“ Anfrage gegenüber zeigte sich das ganze, aus verschiedenartigen Elementen zusammengesetzte Cabinet einmüthig. Der liberale und humane Gladstone erklärte, daß er noch heute der Meinung sei, daß im Opiumkrieg von 1840 das Recht weit mehr auf Seiten des „heidnischen und halbbarbarischen“ Chinas als auf der Seite des zivilisirten England gewesen, und daß er große Achtung vor dem sittlichen Willen vor dem Opiumhandel habe; aber — für den Augenblick müßte dies berechtigte Gefühl vor Erwägungen des Verstandes und Rechtes (?) zurücktreten. Es sei im Gegentheil ein Glück, daß an die Stelle eines unglücklichen Schmuggelhandels ein offener, rechtmäßiger und durch das Land geschützter Handel getreten sei. Man sieht, daß man kein Recht zu sein braucht, um denen Moral zu bilden! Harrington ermahnte, die Sache vom indischen Standpunkt zu betrachten und sich nicht durch Gefühle leiten zu lassen; die platonische Moralität sei ein sehr billige Waare (very cheap), aber manche jetzt für die Abschaffung des Opiumhandels eintretende Leute würden ihre Ansichten bedeutend ändern, wenn infolge des dadurch bewirkten Einkommensausfalls eine neue Steueranlage von 150—170 Millionen Franken gemacht werden müßte. (Wenn schon der Staat von diesem schändlichen Handel soviel bezieht, was muß erst die zahllose Menge von Händlern für Gewinne machen!) Gewiß hatte der Irländer Duffman recht, als er der Regierung urtheilte: daß er während der zehn Jahre seiner Parlamentsmithedschaft noch niemals von Staatsmännern Reden von so niedriger politischer Moral gehört habe. Aber was kümmern sich diese Leute um solche Baccarole? So wird auch die Opiumpest ruhig fortarbeiten — gleich manchen andern Schandthaten unserer Zivilisation. Gemeinheit und Grausamkeit, das sind die beiden hervorwuchsenden Eigenschaften der Bourgeoisie Englands wie der aller Länder, gleichviel ob monarchisch oder republikanisch, christlich oder freidenkerlich; und sie werden es bleiben bis zu ihrem Ende.

(Nach der „Egalité“.)

Schweden und Norwegen.

J. G. Christiania, 14. Juni. Wie schon andere Blätter berichten haben, hat es hier wieder einen großen Arbeiterkonflikt gegeben. Als nämlich die Jägerarbeiter eine Vohnerhöhung von 1 Krone per Tausend forderten, wurde ihre sehr mäßige Forderung, wie immer, brutal verweigert. Die hierüber aufgebrachtten Arbeiter belagerten hierauf die Wohnung des privilegirten Arbeitgebers und leiteten eine Abordnung zu ihm, um ihn zu einem gütlichen Uebereinkommen zu bewegen. Da dies nicht gelang, war die Einschließung des Arbeitgebers vornehmlich, und dem herbeigerufenen Vogt und Lehmann gelang eine Vermittelung ebenfalls nicht, so daß sie sich zurückschicken mußten, wobei letzterer von einem Stein am rechten Arme getroffen wurde und der ihn begleitende Polizist einen Steinwurf im Rücken erhielt. Der Vogt und die Beamten mußten sich auf den Oberboden flüchten, um den Steinen zu entgehen, welche das Haus von allen Seiten trafen. Ein Knecht, welcher als Arbeiter verkleidet wurde, brach das Hiltgeschloß der Belagerer zur Polizei, die aber erst militärische Bedeckung holte. Als die Polizei auf dem Plage erschien, wurde sie von den Arbeitern unerschrocken angegriffen, und mußte sich vor den Unbewaffneten zurückziehen. Nun erschienen Reiter, Fußvolk und Artillerie, vor welchen sich die Arbeiter zurückzogen. Am nächsten Abend aber erschienen die Arbeiter wieder, trotzdem die Bedeckung der Jägerlei per Mann 10 scharfe Patronen hatte; auch Reiter und Jäger waren sofort wieder zur Stelle, so daß ein Zusammenstoß nicht ausbleiben konnte. Nachdem der Vogt die Massen vergeblich aufgefordert hatte, auseinander zu gehen, wurde das Aufbruchgesetz unter einem schwachen Steinregen das erste Mal verlesen. Davon sandte der Vogt nach der berechnenden Artillerie und ging mit 40 Jägern auf die Versammelten zu, wurde aber von einer so energischen Steinlawine empfangen, daß das Militär dachte, so daß er sich auf eine kleine Anhöhe zurückziehen mußte, wo die Aufbruchkraft das zweite und dritte Mal verlesen wurde. Die Arbeiter suchten nun auch Deckung, und als die Artillerie aufbrach, wurde sie ebenfalls von einem Steinregen empfangen, welcher den anführenden Lieutenant mit dem Pferde stürzte, so daß er bewußtlos mit stützendem Steine in die Jägerlei getragen werden mußte. Ein Bajonetangriff der Jäger führte endlich den Schluß herbei, ohne daß

eine Verhaftung erfolgen konnte, und das Militär behauptete den Platz mit 14 Verwundeten: drei Unteroffizieren und ein Mann. Ob die Arbeiter auf diese Weise die gewünschte und nothwendige Lohn-erhöhung durchsetzen werden, ist noch ungewiß.

Eine wichtigere und erfreulichere Kunde ist die Einberufung einer „ersten norwegischen Arbeiterversammlung“ (eigentlich Kongress) auf den 26. bis 28. Juli nach Christiania. Die Zutritts-Bedingungen und die Tagesordnung sind folgende: Jeder Theilnehmer hat zwei Kronen zu erlegen und läßt sich in eine der Abtheilungen einschreiben, welche die verschiedenen Gegenstände vorbereiten, ist jedoch berechtigt, auch an den Sitzungen der anderen Abtheilungen theilzunehmen. Die Abtheilungs-Versammlungen finden jeden Vormittag von 9 bis 1 Uhr statt, die eigentlichen Kongresssitzungen 5 Uhr Nachmittags. Die zur Behandlung kommenden Punkte sind folgende: 1) Ist der Schulunterricht, welchen die Kinder der Arbeiter in der Regel erhalten, zufriedenstellend, um dieselben zu entwickeln, und entspricht er den Anforderungen des praktischen Lebens? Darunter a. Soll in der Volksschule Schulgeld erlegt werden, in gewissen Klassen, oder in keinem. b. Sollen Handarbeiten als feste Unterrichtsgegenstände für alle Kinder, welche das zehnte Lebensjahr erfüllt haben, aufgenommen werden? c. Sollen militärische Uebungen für Knaben ein Verbot sein für Volksschulen und von welchem Alter an? (Aufgestellt von: Jarfunds, Hamars, Kristiania, Kristiansunds und Trondheim's Arbeitervereine.) — 2) Was kann getan werden, um größere Aufklärung und Bildung unter der aus der Volksschule entlassenen Jugend zu befördern, und was können insbesondere die Arbeitervereine dazu beitragen? (Von obigen Vereinen.) — 3) Was können die Arbeiter thun, um ökonomische Selbstständigkeit zu erlangen und sich ein sorgenfreies Alter zu sichern? Was soll der Staat thun, um die Arbeiter in ihren Bestrebungen in dieser Richtung zu unterstützen? Darunter a. Kooperative Vereinigungen für Produktion, Verbrauch und Verkauf, Antheil am Arbeitsertrag, b. Gemeinschaftliche Pensions-, Unterstützungs- und Krankenkassen, c. Sparkasten, Lebensversicherung. (Von den Arbeitervereinen in Hamar, Kristiania, Kristiansund, Trondheim und Bardd, sowie von einem Mitgliede vom Frederiksbalder.) — 4) Ist das gegenwärtige Bekleidungs-system gegen die Arbeiter gerecht und würde ein gemäßigter Schulzoll auf Industrieerzeugnisse denselben von Nutzen sein? (Von Kristiania, Fjellstads und Hamars Arbeitervereinen.) — 5) Ist Alford- oder Stillschleiferei der Arbeit im Tagelohn vorzuziehen? Könnte nicht bei Einführung der Letzteren ebenfalls oder mehr in kürzerer Arbeitszeit ausgedrückt werden, als bei der nun allgemein gebräuchlichen? (Von Arbeiterverein Kristiania.) — 6) Was kann getan werden, um das Zusammenarbeiten unter den Arbeitervereinen des Landes zu befördern? Hierunter: a. Wird es als wünschenswerth angesehen, daß ein Zentralverein errichtet wird, bestehend aus Vertretern sämtlicher Arbeitervereine des Landes, zur Beförderung eines näheren Zusammenwirkens unter diesen? b. Wenn ein Parteitagung als nützlich zu diesem Zwecke angesehen wird, auf welche Weise kann ein solches zu Stande gebracht werden? (Von Kristiania und Bardd's Arbeitervereinen, sowie einem Mitgliede vom Frederiksbalder.) — 7) Welchen Einfluß wird eine Erweiterung des Stimmrechtes für die Arbeiter haben? Darunter: a. Kann von Seiten der Arbeitervereine etwas in dieser Sache getan werden? b. Wie weit soll man gehen, um den wirklichen Anforderungen der Arbeiter in dieser Hinsicht zu genügen? c. Ist die Furcht begründet, daß die Arbeitgeber, im Falle einer Erweiterung des Stimmrechtes auf alle Arbeiter, einen unzulässigen Einfluß auf die öffentlichen Wahlen ausüben würden? (Von Jarfunds, Hamars, Kristiania, Kristiansunds und Trondheim's Arbeitervereinen.) — 8) Sollen die Arbeitervereine, ebensogut wie andere Vereine, die Angelegenheiten, welche den Staat und die Gemeinde betreffen, berathen in ihren Versammlungen, darunter auch die öffentlichen Wahlen? (Von Arbeitervereinen Bardd.)

Wie aus Vorstehendem hervorgeht, ist der alte Geist, welcher schon 1848 die norwegischen Arbeiter besetzte, wieder hervorgetreten und hat Robben eingeschlagen, welche in ihrem Verfolg in wilde zum Sozialismus führen müssen. Es werden deshalb auch die Sympathien der deutschen Sozialisten und der sozialistischen Arbeiter aller Länder die norwegischen Brüder bei ihren Verhandlungen begleiten, auf daß die Sache der Emanzipation der Arbeit durch sie auch in Norwegen Wurzel fassen und zum Gedeihen komme. Ein herzliches Willkommen den Brüdern in Europas hohem Norden auf dem Kampfpfade zur Befreiung der darbenenden Menschheit!

Aber nicht allein die Arbeiter sind vom Geiste der neuen Zeit erfüllt; auch die anderen Klassen der Gesellschaft, der Bürger- und Bauernstand derselben — wenigstens auf politischem Gebiet — nicht zurück. Wie wohl alle Blätter schon berichtet haben werden, ist angeblich das Störching (der große Rath, die Volksgewalt) im offenen Kampfe mit dem König und der Regierung. Die norwegischen Blätter enthalten gegenwärtig Leitartikel, die an ungeschminkter Deutlichkeit Nichts zu wünschen übrig lassen und, den alten normannischen Geist, wie in der Zeit der Wikinger, wo er in wilden Raub- und Eroberungszügen sich äußerte, in Hintergrunde, ein Bild giebt, wogegen die Freiheitssprecher der Bourgeoisie anderer Länder sich höchst schwächlich und erbärmlich ausnehmen. Die Geschichte der gegenwärtigen Krise ist in Kürze folgende: Als Norwegen der dänischen Herrschaft im Begriffe dieses Jahrhunderts entzogen wurde, gab sich das Land selbst eine Verfassung, die der gemäßigten Könige vorbehaltlos anerkennen mußte, wenn er König in Norwegen sein wollte. Nach dem Sturze des ersten Napoleon war der zum König erwählte ehemalige französische Marschall Bernadotte beehrt, seine Macht in Norwegen auszuüben; doch gelang es bis heute keinem der fünf Bernadotte (wie die Könige heute im Lande kurzweg genannt werden), so schlan sie es auch versuchten, und das höchste, was sie erreichen konnten, war ein beschränktes Veto. Der König erhielt nämlich das Recht, die Beschäftigung eines vom Störching beschlossenen Gesetzes zweimal zu verweigern; doch saherte das Störching zum dritten Mal den Beschluß, so war es Gesetz im Lande und wurde vom Präsidenten öffentlich publizirt, wozu sich Alle, auch der König und die Minister (Staatsräthe), zu richten hatten. Vor zwei Jahren nun legte die Regierung ein Heeresgesetz vor, welches ein neues Heer in Norwegen schaffen sollte, jedoch kurzweg abgelehnt wurde, wodurch der König die gewünschte Waage nicht erhielt. Letztes Jahr ging nun das Störching zum Angriff vor, indem der Antrag eingebracht wurde, das sogenannte Unionsgesetz aus der Landesstatute zu entfernen, weil es als Zeichen der Zugehörigkeit unter Schweden betrachtet wurde, während doch nur eine Personalunion statt hat. Das Störching ließ das Zeichen „der Hürigkeit“ noch liegen, aber die Agitation, welche dadurch hervorgerufen wurde, weckte die Bevölkerung auf, und da man in Stockholm durch Störfinn reiste, so kam es dies Jahr zum offenen Bruch mit dem König, den man derb in die ihm zukommenden Schranken zurückwarf. Der Kernpunkt im augenblicklichen Streit ist, daß die Mitglieder der Regierung (Staatsräthe), welche in Folge eines Verfassungsparagraphen bisher nicht berechtigt waren, bei den Verhandlungen des gesetzgebenden Körpers anwesend zu sein, durch ein neues Gesetz zur Theilnahme berechtigt, ja verpflichtet werden. Dies Gesetz will nun der König bereits das dritte Mal nicht bestätigen, weil ihm damit das Hauptverzicht auf Weltentmachtung seines Einflusses entzogen wird, indem die Minister dann nicht mehr seine Diener, sondern Beamte des Störchings sind. Die Bewegung ist nicht nur steigend, sondern auch selbständig, da sich selbst die Rechte genügt sieht, gegen den König Front zu machen und sich zuletzt der Regierung angeschlossen hat. Andererseits will man wissen, daß die Regierung in Stockholm (sowohl Waffen und Schießbedeutung zum Kampfe gegen die widerpenntige Bevölkerung in Norwegen anfanfmet, infolge dessen letztere vielerorts das Wiche thut; denn bei dem bekannten Störfinn des romantischen Königs Colar II. ist die Möglichkeit nicht ausgeschlossen, daß er einen Kreuzzug unternimmt, um die unheimlichen Normannen für das Gottesgnadenbum zu gewinnen, was ihm indessen schimm bekannnen und seine Absetzung sowie die wahrscheinliche Proklamirung der norwegischen Republik zur Folge haben würde, da der König mit schwedischen Truppen einrücken müßte und alle Norweger gegen sich hätte. Ob er es so weit kommen lassen wird, muß die nächste Zukunft lehren.

Den größten Antheil an der gegenwärtigen Bewegung haben die beiden norwegischen Dichter Henrik Ibsen und Björnstjerne Björnson, und der letztere ganz besonders, nicht nur mit seinen Schauspielen und Gedichten, sondern auch durch seine Reden und Leitartikel in „Bardens Gang“ (der Welt Kauf). Beide sind hoch von einem idealistischen Sozialismus durchdrungen, der in ganz Norwegen damit verbreitet ist, so daß wie im höchsten Grade gespannt sein müssen, wie sich die Dinge entwickeln und namentlich auch, wie sich der Arbeiterkongress anlassen, welche Beschlüsse er fassen und welchen Einfluß auf das arbeitende Volk und die Lage er gewinnen wird.

Italien.

* Gen. Andrea Costa ist von dem Mailänder Schwurgericht aller Vermuthung zuwider wegen eines vor Jahresfrist in der „Plohe“ erschienenen Artikels verurtheilt worden und zwar zu 1 Monat Gefängniß und 100 Franken Geldstrafe. Seitdem wurde Costa nach Bologna gebracht — wohin vor ihm die Genossin Anna Kulichoff in Begleitung von 8 Genossinnen (!) transportirt worden war —, wo er am 5. Juli sich wegen des „Verbrechens“ sozialistischer Organisation zu verantworten haben wird. Es ist uns ein Bericht über diese Verhandlung, welche interessant zu werden verspricht, zugelegt. — In verschiedenen Orten der Halbinsel finden gegenwärtig Kundgebungen für das allgemeine Wahlrecht statt und beginnt die Bewegung, für welche auch Garibaldi eintritt, eine immer tiefgehendere zu werden.

Sprechsaal.

Paris. Das in London bestehende, für die Pariser ausgewiesenen Genossen Unterstützungen entgegennehmende Komite ist hiemit öffentlich aufgefordert, dem hier bestehenden Komite (in dessen bekannte Adressen) einen Rechenschaftsbericht über die für obigen Zweck eingegangenen Gelder zu geben. Da auf zweimalige briefliche Anfrage um Geld für die hier hinterbliebenen Familien (welche doch in erster Linie in Betracht kommen) die ganz kurze Antwort kam, daß kein Geld vorhanden sei, sind wir gezwungen, diesen Weg einzuschlagen.

Das Komite.

NB. Diese Aufforderung wurde auch der „Freiheit“ zur Aufnahme zugefandt.

Geehrte Redaktion! Die Trodenhängung der schmutzigen Wäsche Hasselmann's hat begreulich bei allen Genossen ein peinliches Gefühl hervorgerufen: mitten in der heißen Schlacht eine kriegerische Züßlade, oder besser eine Desertion vor dem Feinde, — welchem guten Soldaten wäre das nicht schmerzhaft! Genossen, die Gelegenheit hatten, gleichsam etwas hinter die Kulissen zu schauen, sind freilich nicht verwundert, sie fragen höchstens: „Erst jetzt?“ Andere hätten und werden noch irer geföhrt durch die „Freiheit“, die ihre befohten Jünger über den schmutzigen Hasselmann breitet. Wahrheit ein eiles Bild und ich glaube, es ist notwendig, daß hier dieser Umstand in sein wahres Licht gestellt wird. Hoff und Hasselmann geben sich den Verdruß! Derselbe Hoff, der vor drei Jahren in Berlin alle möglichen „Schlingungen“ (um den damals ortsüblichen Ausdruck zu gebrauchen) infingerte, um Hasselmann aus der Redaktion der „Berl. Fr. Pr.“ hinauszubringen! Derselbe Hoff, der dann bei der Ueberredung Hasselmann's nach Darmen jankend anrief: „Nun haben wir wenigstens in der Redaktion keinen Polizeispion mehr!“ Ja, derselbe Hoff, der nach wenige Monate vor dem Anknahmefeset in den vertrauten Kreisen bei jeder Gelegenheit Hasselmann als Regierungsagenten, als den „würdigen Schüler des würdigen Schweiger“ hinstellte, der offen erklärte, „Hasselmann ist der einzige „Parteigenosse“, der bisher ohne jede Strafe ist, Hasselmann schreibt in seiner „Vollstimm“ nie gegen die preussische Regierung als solche, sondern bloß gegen einzelne Polizeimaßregeln — weil er Regierungsagent ist; und um dies zu verhüllen, betont er bei den Arbeitern so prononciert die „schwiele Prudenten!“ Ja, es ist derselbe Hoff, der nach der letzten Wahl Hasselmann's seine Meinung dahin äußerte: „Daran hat ihm die preussische Regierung das wohlfeile Parturium einer unschuldigen Untersuchungsbat (trotz dreimaliger Freisprechung, bisher unerschüt!) bereitet, um ihm wieder ein drastisches Relief zu geben und dadurch zur Wahl zu verheißeln; ohne dieses Polizeisäckchen wäre Hasselmann nie gewählt worden.“ — Wahrlich, wenn ich diese wörtlichen Auslassungen Hoff's mit seiner jetzigen Haltung vergleiche, kann ich einen leichten Zweifel an der Ehrlichkeit des „einzigsten Neosolutionärs“ nicht unterdrücken! Solche Intentionen haben nicht bloße Folgen der gewöhnlichen konfusen Feindschaft, sondern verrathen deutlich die unerlöschliche Abicht, der Partei auch mit dem schlechtesten Mittel zu schaden, und zu diesem Zwecke sogar dem von ihm persönlich meingehätzten Hasselmann den Verdruß zu geben! O, warum schlägt eine ehrenvolle Vergangenhelt den Particimann nicht vor der unersöhnlichsten Selbstentmannung? Kagoburg, im Juni 1880.

Richard F.....

Briefkasten.

der Redaktion. L. Rud. Schaniet, Zürich: Auf Ihre längere Einfindung gegen unsere Sie gebührend vorstehenden Bemerkungen in voriger Nummer haben wir kurzweg zu antworten, daß wir unsere Mittheilungen über Sie, sowie namentlich auch über Ihre früheren Verbindungen mit der Münchner Polizei vollständig ausrechterhalten und hierfür sowie noch für manches andere mit Beweisen dienen können. Doch ist uns der Raum des „Sozialdem.“ zu werth, um denselben mit Ihrer Anwesenheit anzufüllen. Wenn Sie jetzt selbst einen Untersuchungsantrag beantragen, so haben wir dagegen nichts einzuwenden. Allein, da wir die von Ihnen geschickten angeblichen „Führer“ nicht sind noch sein wollen, so haben wir zur eigentlichen Entscheidung eines solchen Ausschusses kein Recht. Tuchen Sie eine Sektion, z. B. die mit Ihrer Sache bereits befahte Internationale, zur Einschung zu bewegen und Sie sollen sich nicht darüber zu beklagen haben, daß wir uns unterseits das nöthige Material nicht liefern. Natürlich werden wir so frei sein, Sie wie bisher scharf im Auge zu behalten, wenn wir auch wohl begreifen, daß Ihnen diese „Spionage“ unangenehm sein mag. — Fil. Paris: Brief wegen R., sowie Geldsendung angekommen. — Ang. Straß, Frankreich: Ihre Zuschrift kommt nächstemal zur Veröffentlichung.

der Expedition: G. Serviers: Nr. 6., Ab.-Cont. gutgebe. — Fr. R. —: 8. h. 1. 79. Ab. 3. Ca. er. — Eine Ag. a. E.: 8. h. 1. 80. er. 2. nach. Mehrbewilligt folgt. Alles geordnet. — W. P., — wid: 8. h. 2. — er. u. nach. Voricht. verwendet. Dg. an W. er. — Fr. —: 8. h. 1. Die L. l. Staatspolizei hat Sie vorgeladen, um Ihren „Brief vor dem l. l. Kammerhof zu öffnen?“ Welche l. l. Befehlsnummer? — r. —: Auch vorgeladen? So ein Wauthgewissen ist doch eine hübsche Einrichtung; also — Abolition ertheilen und der frommen Anfall eine „frühe Kerze“ lüsten. — G., — Wien: „Hastenwache im ganzen Reich“ rief Franzert und trah dem Bepperl sein Besperbrod. „Angepaßt“, sagte die Mutter und schenkte dem Bepperl den Präsentischen. — Vittoria: Auch das Ernischen will gelernt sein, sorgen wir weiter dafür, daß Ihre Stempelgang-Praktiker Genies werden müssen, Habsburg kanns brauchen. — Redhat: Erl. v. 2. ds. durch Zwischensand erst am 22. Jhler. 36 neue mit den alten abgerückt. — R. J.: Signal vom 27. beachtet, neue Ab. erwartet. — R. H.: In der Mehrzahl sicher. Die 40 Neugewonnenen und Beslage folgen genau nach Vorschriften. Im Weiteren einverstanden. — R. —: Ag. Rauthschwindel! A. B., Febr. Nr. 10. — Abon. 2. Du. erch. Alles vorgem. — Rothwein Erg.: Nr. 3. — Abon. 3. Ca. erch. Weiteres besorgt. — W. P. s. Nr. 3. — erch. Fichtel, folgen über W. — G. R.: Nr. 5. — Ab. 3. Ca. u. 13. E. erch. — P. R.: Nr. 8. — Ab. u. Finghler. erch. Fichtel, folgen. Grath Allen. — Dr. J. —: Frs. 13. — Schst. erch. — E. H. Beauvais: Feb. 5. — Ab. II. Sem. erch. — Ankerle, Peter, Gustel, Petrolium, Saller, Nr. 31, Feldhausm., Rothschilgen, Gaisbarth, Dr. Eitel, R. R. Prag, Grh. Adm. am 10. 6. Sic. u. Beslagen abg. — Bürger Hufelien: Post v. 27. 6. hier 3 mal 50 fort. Alles bestellt = 347. Ca. 1. 50 Franco = Nr. 52. Redh awiferten Nr. 12. — noch Nr. 16. — senden. — W. u. Cie. — Kagab: 3 Adr. erch. — Aber — wie viel sollen einrücken?